

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung von Nachtragskreditbegehren für das Jahr 1939, II. Teil.

(Vom 4. Dezember 1939.)

Herr Präsident!

Herren National- und Ständeräte!

Wir haben die Ehre, Ihnen die Begehren um Bewilligung einer zweiten Reihe von Nachtragskrediten für das Jahr 1939 zur Beschlussfassung vorzulegen. Sie bilden eine weitere Ergänzung des Voranschlages der Eidgenossenschaft, den die Bundesversammlung am 22. Dezember 1938 festgestellt hat.

Die Nachtragskreditbegehren verteilen sich

auf die Verwaltungsrechnung	Fr. 30 870 821
auf die Rechnungen von Regiebetrieben	» 14 717 624
Zusammen	<u>Fr. 45 588 445</u>

Von den Begehren zu Lasten der Verwaltungsrechnung werden beansprucht für

Verzinsung	Fr. 6 120 969
Ständerat	» 5 000
Bundeskanzlei	» 237 300
Bundesgericht	» 23 200
Eidgenössisches Versicherungsgericht	» 4 468
Politisches Departement	» 247 353
Departement des Innern	» 528 983
Justiz- und Polizeidepartement	» 287 600
Militärdepartement	» 3 536 288
Finanz- und Zolldepartement	» 571 644
Volkswirtschaftsdepartement	» 18 990 416
Post- und Eisenbahndepartement	» 107 600
Verschiedenes	» 210 000
	<u>Fr. 30 870 821</u>

**Die Begehren zu Lasten der Verwaltungsrechnung betreffen in der
Hauptsache folgende Kredite:**

Budgetrubrik	Mit dieser Botschaft angefor- deter Nach- tragskre- dit II.	Bereits bewilligte Kredite			1939 zur Ver- fügung stehender Gesamt- kredit
		Vor- anschlag (Bundes- beschluss vom 22. XII. 38)	Vom Vorjahr übertragene Kredite (Bundes- beschluss vom 4. IV. 39.)	Nachtrags- kredit I (Bundes- beschluss vom 21. VI. 39)	
		Millionen Franken			
Verzinsung fester Anleihen.	6,1	72,3	—	—	78,4
Ausbildung der Armee.	3,0	67,8	0,4	0,3	71,5
Motorwagendienst der Armee. . .	0,5	0,8	—	1,4	2,7
Arbeitslosenversicherung und Kri- senunterstützung	2,3	14,0	—	—	16,3
Stützung des Milchpreises (aus all- gemeinen Bundesmitteln) . . .	12,0	5,0	—	3,0	20,0
Förderung des Ackerbaues	4,0	—	—	—	4,0
Anderweitige Massnahmen zur Lin- derung der landwirtschaftlichen Notlage (Verschiedene Zweckbe- stimmungen)	0,4	0,3	—	—	0,7
Andere Budgetrubriken	2,6	440,5	11,2	7,3	461,6
Zusammen	30,9	600,7	11,6	12,0	655,2*

*) Erfahrungsgemäss müssen jährlich Kredite in der Höhe von zu-
sammen 10 bis 20 Millionen Franken auf das folgende Jahr übertragen werden;
die mutmasslichen Gesamtausgaben im Jahre 1939 sind deshalb in der Bot-
schaft zum Voranschlag für 1940 nicht auf 655, sondern auf etwa 634 Millionen
Franken geschätzt worden.

*) Erfahrungsgemäss müssen jährlich Kredite in der Höhe von zu-
sammen 10 bis 20 Millionen Franken auf das folgende Jahr übertragen werden;
die mutmasslichen Gesamtausgaben im Jahre 1939 sind deshalb in der Bot-
schaft zum Voranschlag für 1940 nicht auf 655, sondern auf etwa 634 Millionen
Franken geschätzt worden.

Zur Deckung des erhöhten Geldbedarfes sind im Mai und im Oktober 1939 zusammen 290 Millionen Franken kurzfristige Anleihen aufgenommen worden; der Zinsendienst dafür beansprucht rund 6,1 Millionen Franken. Der Mehrbedarf für die Ausbildung und den Motorwagendienst der Armee geht in der Hauptsache auf die inzwischen in Kraft getretenen Bundesgesetze vom 22. Dezember 1938 über die Ausdehnung der Wehrpflicht und vom 3. Februar 1939 über die Änderung der Militärorganisation (Verlängerung der Rekrutenschulen) zurück. Die Aufwendungen für Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung hängen vom Stand der Arbeitslosigkeit ab; die Arbeitslosigkeit hat einen andern Verlauf genommen, als bei der Budgetierung des Bedarfes für 1939 angenommen worden ist; deshalb der erhöhte Bedarf zur Ausrichtung der Bundesleistungen im Rahmen des geltenden Bundesrechtes. Das Nachtragskreditbegehren für die Stützung des Milchpreises stellt

die zweite Rate des mit Bundesbeschluss vom 22. Juni 1939 bereits bewilligten Gesamtkredites von 15 Millionen Franken dar. Die Anbauprämien im Sinne des Bundesbeschlusses vom 6. April 1939 über Massnahmen zur weitem Förderung des Ackerbaues, die erstmals für das laufende Jahr auszurichten sind, werden etwa 4 Millionen Franken erreichen. Auf den gleichen Bundesbeschluss stützt sich die Anlage eines Fonds für die Förderung der Landespferdezucht; zur Leistung der ersten Einlage ist ein Nachtragskredit von 450 000 Franken erforderlich.

Die übrigen Kredite von zusammen rund 2,6 Millionen Franken werden zur Deckung von im Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages noch nicht feststellbar gewesenen Kosten der Vollziehung von Bundesbeschlüssen und von Ausgaben benötigt, die wegen neuer oder Erweiterung bestehender Aufgaben des Bundes oder wegen organisatorischer Änderungen seit Erstellung des Voranschlages entstanden sind. Diese Kreditbegehren sind zum Teil auf die durch den Mobilisationszustand geschaffene Lage zurückzuführen. Soweit eine Ausgabe zum vorneherein eindeutig Zwecken der Kriegsmobilmachung oder Zwecken der Kriegswirtschaft dient, wird sie zu Lasten des Kredites verbucht, der dem Bundesrat durch den Vollmachtenbeschluss eingeräumt worden ist; die ordentlichen Kredite (Voranschlags- oder Nachtragskredite) werden dafür nicht beansprucht. Ausgaben, die nicht unmittelbar diesem Kredit belastet werden können, sind, sobald es die Verhältnisse zulassen, auszuscheiden und anteilmässig den genannten ausserordentlichen Krediten bzw. den ordentlichen Budgetkrediten zu belasten.

* * *

Im einzelnen stellen wir folgende Begehren.

	Fr.
Verzinsung.	
Feste Anleihen	6 120 969

Begründung:

Anleihe vom Mai 1939 (Reskriptionen):

Fr. 60 000 000 auf 2 Jahre zu $2\frac{3}{4}\%$ Jahreszins	1 650 000
» 60 000 000 auf 3 Jahre zu 3% Jahreszins	1 800 000
<u>Fr. 120 000 000</u>	

Anleihe vom Oktober 1939 (Reskriptionen):

Fr. 61 125 000 auf 1 Jahr zu $2\frac{3}{4}\%$ Halbjahreszins	840 469
» 64 050 000 auf 2 Jahre zu $3\frac{1}{4}\%$ Halbjahreszins	1 040 813
» 45 125 000 auf 3 Jahre zu $3\frac{1}{2}\%$ Halbjahreszins	789 687
<u>Fr. 170 300 000</u>	<u>6 120 969</u>

Ständerat.

Taggelder und Reiseentschädigungen an die Mitglieder der Kommissionen	Fr. 5 000
---	--------------

Begründung: Vermehrte Kommissionssitzungen.

Bundeskanzlei.

1. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	40 000
2. Druck- und Buchbinderkosten, Schreibmaterial und übrige Bureaukosten (Zentrale)	189 000
3. Bureaumaschinen (Zentrale)	7 400
4. Telegraphengebühren und Frachten	900
Zusammen	237 300

Begründung:

Zu 1: Aushilfspersonal zur Herstellung und Abgabe von Druckschriften, Bureauaterial und Formularen für die Neuorganisation der Armee, die mobilisierten Truppen und die kriegswirtschaftlichen Organisationen (z. B. Rationierungskarten).

Zu 2:

a. Bundeskanzlei: Ausnahmsweise viele Publikationen in der Gesetzsammlung	Fr. 10 500
b. Politisches Departement: Drucklegung von Abkommensentwürfen für das Rote Kreuz	5 000
c. Landesbibliothek: Einbände von Werken aus Schenkungen	3 500
d. Polizeiabteilung: Material für die Kontrolle der Emigranten; Publikationen im Polizeianzeiger	13 000
e. Militärdepartement: Mehrverbrauch für Druckschriften und Bureauaterial wegen Neuorganisation der Armee und Mobilmachung	139 500
f. Sozialversicherung: «Die anerkannten Krankenkassen in den Jahren 1936/37».	2 500
g. Verkehrsamt: Vorbereitung für die Inkraftsetzung des Bundesbeschlusses über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen	15 000
Zusammen	189 000

Zu 3: Verkehrsamt (Siehe Bemerkung zu 2 g.).

Zu 4: Telegraphische Einberufung der Bundesversammlung.

Bundesgericht.

	Fr.
1. Auslagen für das Gebäude	13 200
2. Kosten der Bundesstrafrechtspflege	10 000
Zusammen	<u>23 200</u>

Begründung:

Zu 1: Anschaffung einer zusätzlichen Kohlenreserve.

Zu 2: Unvorhergesehene Inanspruchnahme des Bundesstrafgerichtes.

Eidgenössisches Versicherungsgericht.

	Fr.
1. Reiseauslagen der Richter	500
2. Bibliothek	100
3. Veröffentlichung der Entscheidungen des Gerichtes (Herausgabe, Druck und Vertrieb)	368
4. Unentgeltliche Verbeiständung, Sachverständige, Zeugen	8 500
Zusammen	<u>4 468</u>

Begründung:

Zu 1: Unvorhergesehene Prozessinstruktionen.

Zu 2: Unvorhergesehene, nicht aufschiebbare Ergänzung der Bibliothek.

Zu 3: Vermehrte Drucklegung wichtiger Entscheide.

Zu 4: Wesentliche Zunahme der Geschäfte.

Politisches Departement.**Allgemeine Verwaltung:**

	Fr.
1. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	39 000
2. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	3 000
3. Telegraphengebühren, Frachten und Verschiedenes.	8 000
4. Repräsentationskosten des Bundesrates	13 000
5. Berner Stadttheater	4 500

Gesandtschaften:

6. Gesandte	10 853
7. Reiseentschädigungen	9 000
8. Umzugskosten	130 000

Konsulate:

9. Umzugskosten	30 000
Zusammen	<u>247 353</u>

Begründung:

Zu 1 bis 3: Starke Arbeitsvermehrung wegen der veränderten politischen Verhältnisse, hauptsächlich seit August 1939.

- Zu 4:* Unvorhergesehene Ausgaben im Zusammenhang mit internationalen Veranstaltungen in der Schweiz.
- Zu 5:* Erhöhung des Beitrages infolge der schwierigen finanziellen Lage des Berner Stadttheaters.
- Zu 6:* Gesandtenwechsel in Washington. Zulagen an die erstmalige Einrichtung.
- Zu 7:* Vermehrte Dienstreisen besonders im Zusammenhang mit der Überreichung von Beglaubigungsschreiben von Gesandten, die gleichzeitig in verschiedenen Ländern akkreditiert sind; ausserordentliche Auslagen für die Posten in San Sebastian und Ankara.
- Zu 8 und 9:* Unvorhergesehene Personalveränderungen; starke Arbeitsvermehrung und beträchtliche Verteuerung der Schiffspassagen, Frachten und Versicherungen für das Umzugsgut seit August 1939.

Departement des Innern.

Fr.

1. Beitrag an Mathematische Gesellschaft	1 000
2. » » Geotechnische Kommission	2 500
3. » » Geodätische Kommission	5 000
4. » » Geologische Kommission	8 000
5. » » Entomologische Gesellschaft	300
6. » » Hydrobiologische Kommission	400
7. E. T. H. Taggelder und Reiseentschädigungen der Mitglieder des Schulrates	1 000
8. E. T. H. Besoldungen, Gehälter und Zulagen des Betriebswissenschaftlichen Institutes	121
9. E. T. H. Insertionsgebühren und Frachten	1 600
10. E. T. H. Beleuchtung, Gas und Strom für technische Zwecke	4 000
11. E. T. H. Unfallversicherungsprämien usw.	1 200
12. E. T. H. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	300
13. E. T. H. Entschädigungen für besondere Leistungen (Lehraufträge und Stellvertretungen)	6 050
14. E. T. H. Anteil der Lehrerschaft an Schulgeldern und Honoraren	10 794
15. E. T. H. Ehrenaussgaben	150
16. E. T. H. Hauptbibliothek	3 000
17. E. M. P. A. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	77 729
18. E. M. P. A. Frachten	1 000
19. E. M. P. A. Verwaltung der Gebäude	3 000
20. E. M. P. A. Betriebskosten	35 000
21. F. H. K. Brennstoffkosten	50 000
22. F. H. K. Verschiedenes und Unvorhergesehenes	4 800

Übertrag 216 944

	Fr.
Übertrag	216 944
23. M. Z. A. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	500
24. Landesmuseum, Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	500
25. Direktion der eidgenössischen Bauten, Umbau- und Erweiterungsarbeiten	87 300
26. Direktion der eidgenössischen Bauten, Neubauten	190 600
27. Direktion der eidgenössischen Bauten, Hausdienst	30 000
28. Direktion der eidgenössischen Bauten, Mietzinse	1 400
29. Inspektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei, eidgenössische Kommission für Natur- und Heimatschutz.	153
30. Inspektion für Forstwesen, Jagd und Fischerei, Beitrag an die internationale Forstzentrale in Berlin	1 457
31. Gesundheitsamt, Beitrag an das internationale Sanitätsamt in Paris	129
Zusammen	<u>528 983</u>

Begründung:

Zu 1 bis 6: Erhöhung der Bundesbeiträge gestützt auf Art. 9 des Bundesbeschlusses vom 22. Dezember 1938 über die Finanzordnung 1939/41.

Ohne die vorgesehene Erhöhung des Beitrages müsste die Mathematische Gesellschaft ihre Zeitschrift *Commentarii Mathematici Helvetici*, die einzige schweizerische mathematische Zeitschrift, eingehen lassen. Die kriegswirtschaftlichen Belange erheischen eine beschleunigte Erforschung der Erz-, Erdöl-, Kalk- und Giltsteinvorkommnisse in der Schweiz, vermehrte Untersuchungen an einheimischem Strassenbaugestein und an Naturstein für Bauzwecke, der Grundwasserverhältnisse und der chemischen Zusammensetzung der Gewässer sowie die rasche Fertigstellung der geotechnischen Karten der Schweiz; alle diese Aufgaben obliegen der Geotechnischen Kommission, die sie aber nur bei der beantragten Erhöhung des Bundesbeitrages durchführen kann. Auch die Geodätische Kommission, der die Ergänzung der topographischen durch die astronomisch-geodätische Landesvermessung obliegt, braucht eine Erhöhung des Bundesbeitrages, soll sie auch nur die wichtigsten modernen Messinstrumente anschaffen und die dringendsten Aufgaben lösen. Den Arbeiten der Geologischen Kommission, besonders der geologischen Landesaufnahme, kommt gegenwärtig ebenfalls eine besondere Bedeutung zu; zu ihrer Erfüllung ist die beantragte Subventionserhöhung unerlässlich. Auch die Bekämpfung von Schädlingen an Kulturen, die von der Entomologischen Gesellschaft studiert wird, ist kriegswirtschaftlich von erhöhter Bedeutung; die beantragte Beitragserhöhung soll die Gesellschaft instand setzen, ihre wichtigsten Aufgaben fortzusetzen. Die Erforschung der kleinsten Lebewesen in den Gewässern, die beispielsweise für die Fischwirtschaft bedeutungsvoll ist, kann nur intensiviert werden, wenn der Bundesbeitrag an die Hydrobiologische Kommission antragsgemäss erhöht wird.

- Zu 7: Vermehrte reguläre Sitzungen des schweizerischen Schulrates.
- Zu 8: Verlegung des Wohnortes eines Beamten.
- Zu 9: Vermehrte Inseratenwerbung für die Vorlesungen der allgemeinen Abteilung für Freifächer; unvorhergesehene Beteiligung an einer internationalen Ausstellung.
- Zu 10: Mehrverbrauch von Betriebsstoffen entsprechend der Vergrößerung von Lehrgebäuden und Laboratorien.
- Zu 11: Versicherungsprämien für vorübergehend beschäftigtes Personal.
- Zu 12: Entrichtung des Beitrags von 200 Franken an die schweizerische Zentralstelle für freiwilligen Arbeitsdienst für 1938 erst im Jahre 1939; unvorhergesehene Rückvergütungen der Fahrtkosten von Stellenbewerbern.
- Zu 13: Unvorhergesehene Stellvertretungen; Erteilung neuer Lehraufträge wegen Änderung der normalen Stundenpläne.
- Zu 14: Verstärkter Besuch der allgemeinen Abteilung für Freifächer, Berücksichtigung neuer Vorlesungen.
- Zu 15: Unvorhergesehene Glückwunschartikeln usw. an Hochschulen.
- Zu 16: Ankauf unerlässlicher neuer technischer Literatur.
- Zu 17 bis 20: Bedeutend vermehrte Beanspruchung der Anstalt (mit Einnahmenvermehrung verbundene Mehraufwendungen).
- Zu 21: Kriegswirtschaftlich bedingte Erhöhung der Öl- und Kohlenvorräte.
- Zu 22: Unvorhergesehene Anschlüsse ans Werk (mit Einnahmenvermehrung verbundene Mehraufwendungen).
- Zu 23: Unvorhergesehene, durch die Kriegsmobilmachung bedingte Arbeitsleistungen.
- Zu 24: Vorbereitung der Evakuierung.
- Zu 25: Massnahmen für den passiven Luftschutz in bundeseigenen und privaten Gebäuden Fr. 75 000
- Eidgenössische Technische Hochschule, Verdunkelungseinrichtungen » 6 300
- Munitionsfabrik in Altdorf, Instandstellungsarbeiten » 6 000
- Zusammen Fr. 87 300
- Zu 26: Zollamt in Ramsen, Ankauf einer Liegenschaft Fr. 60 700
- Zollgarage am Genfersee, Tankanlage » 4 900
- Zollgebäude Testa Grigia (Theodul), Neubau » 125 000
- Zusammen Fr. 190 600
- Zu 27 und 28: Unterbringung von 166 Arbeitsräumen in 14 Privathäusern seit Herbst 1938; entsprechende Vermehrung des Hausdienstpersonals und Erhöhung der Ausgaben für Material und Umzüge.

Zu 29: Zwei Kommissionssitzungen und vier Augenscheine; Budgetkredit ungenügend.

Zu 30: Jahresbeitrag an die 1939 gegründete internationale Forstzentrale in Berlin im Rahmen des internationalen landwirtschaftlichen Institutes in Rom.

Zu 31: Mehrbedarf wegen Änderung des Frankenkurses.

Justiz- und Polizeidepartement.

Polizeiabteilung:	Fr.
1. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	120 000
2. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	2 600
3. Frachten und Verschiedenes	7 000
4. Unterstützung mittelloser fremder Flüchtlinge	75 000
5. Unterstützung zurückgekehrter Auslandschweizer	45 000
Bundesanwaltschaft:	
6. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	23 000
7. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	12 000
Versicherungsamt:	
8. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	2 000
9. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	500
10. Frachten und Verschiedenes	100
Amt für geistiges Eigentum:	
11. Frachten und Verschiedenes	400
Zusammen	<u>287 600</u>

Begründung:

Zu 1 bis 3: Personalvermehrung zur Überwachung der Emigranten und wegen der seit Kriegsbeginn verschärften Ausländerkontrolle.

Zu 4: Vermehrte Unterstützung der Auswanderung von Emigranten.

Zu 5: Unvorhergesehene Unterstützung schweizerischer Flüchtlinge aus Spanien.

Zu 6 bis 11: Unvorhergesehene starke Zunahme der polizeilichen Untersuchungen wegen der veränderten Verhältnisse.

Militärdepartement.

	Fr.
1. Besoldungen, Gehälter und Zulagen (Kanzlei des Departementes)	9 400
2. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG. (Generalstabsabteilung)	900
Übertrag	<u>10 300</u>

	Fr.
Übertrag	10 800
3. Besoldungen, Gehälter und Zulagen (Abteilung für leichte Truppen)	15 500
4. Aushebung	300 000
5. Rekrutenschulen:	
Infanterie	1 015 770
Artillerie	268 471
Genietruppen	29 564
Sanitätstruppen	153 180
Verpflegungstruppen	56 070
Motortransporttruppe	156 702
6. Kaderschulen:	
Infanterie	170 400
Flieger- und Fliegerabwehrtruppen	63 490
Genietruppen	18 900
Sanitätstruppen	11 261
7. Betrieb der eidgenössischen Kasernen:	
Löhne und Zulagen	23 000
Übrige Betriebsausgaben	78 000
8. Einrichtungen auf Waffenplätzen	10 000
9. Militärversicherung:	
a. Kosten des vorübergehenden Nachteils	500 000
b. Notunterstützung	120 000
10. Remontendepot: Kosten für ärztliche Behandlung	2 500
11. Pferderegieanstalt:	
Entschädigung für Pferdehaltung	3 000
Futter und Streue	49 980
12. Motorwagendienst:	
a. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	200
b. Unterhalt, Betriebsmaterial, Reparaturen und Ersatzteile	250 000
c. Miete und Abschätzung von privaten Motorfahrzeugen und Motorrädern	230 000
Zusammen	<u>3 536 288</u>

Vorbemerkung:

Der endgültige Kreditbedarf für Lehrpersonal und Unterricht steht zurzeit noch nicht fest, da die Schulen und Kurse noch nicht abgeschlossen sind.

Begründung:

Zu 1 bis 3: Ausserordentliche Arbeiten für die Einführung der neuen Truppenordnung.

- Zu 4: Nachmusterung von bei der Rekrutierung dienstuntauglich erklärten Leuten und ärztliche Untersuchung der sich freiwillig zu Hilfsdiensten meldenden Fr. 50 000; vorzeitige Aushebung des Jahrganges 1921 Fr. 250 000.
- Zu 5: Verlängerung der Rekrutenschulen gemäss Bundesgesetz vom 3. Februar 1939.
- Zu 6: Unvorhergesehene Früherlegung von Unteroffiziersschulen im Zusammenhang mit der Verlängerung der Rekrutenschulen.
- Zu 7: Unvorhergesehene Anstellung von Hilfspersonal für den Reinigungs- und Wäschedienst sowie erhöhte Betriebsausgaben als Folgen der Verlängerung der Rekrutenschulen.
- Zu 8: Unterhalt neuerstellter Tankanlagen.
- Zu 9 a: Unvorhergesehene Zunahme der Patienten (2000 bis 2500) wegen unvorhergesehener Verlängerung der Grenzkurse, Territorialkurse usw.
- Zu 9 b: Unvorhergesehene Aufgebote (Einberufung von Territorialinfanterie, Verlängerung der Grenzkurse und der Territorialkurse, Verlängerung der Rekrutenschulen).
- Zu 10: Personalvermehrung wegen Vergrösserung des Pferdebestandes und der Grippeepidemie unter dem Personal.
- Zu 11: Zusätzliche Abkommandierung von Instruktionsaspiranten der Kavallerie zur Anstalt Fr. 3000; starke Vermehrung des Pferdebestandes bei gleichzeitiger Erhöhung der Futterpreise Fr. 49 980.
- Zu 12:
- a: Unvorhergesehene Wagenübernahmen und Kontrollen wegen Vermehrung der Motorfahrzeuge.
 - b: Zusätzliche Reparaturen und Ersatzanschaffungen wegen der starken Vergrösserung des Motorfahrzeugbestandes und der unvorhergesehenen Beanspruchung von Fahrzeugen in den verlängerten Schulen und Kursen.
 - c: Mehrbedarf an Mietfahrzeugen wegen Verlängerung der Schulen und Kurse.

Finanz- und Zolldepartement.

Finanzverwaltung:	Fr.
1. Posttaxen, Verwaltungsmarken, Telephonegebühren	200 000
2. Erstellungs- und Erweiterungskosten für Telephonanschlüsse, die nicht an die automatische Telephonzentrale Bundeshaus angeschlossen sind.	30 000
3. Automatische Telephonzentrale Bundeshaus, Gesprächsgebühren	100 000
4. Automatische Telephonzentrale Bundeshaus, Erstellungs- und Erweiterungskosten	30 000
Übertrag	<u>360 000</u>

	Fr.
Übertrag	360 000
5. Steuerverwaltung, Hausdienst	1 200
6. Zollverwaltung, Besoldungen der Oberzolldirektion	5 000
7. Zollverwaltung, Bücher, Zeitungen, Zeitschriften	700
8. Zollverwaltung, Anschaffung von Gerätschaften und Mobiliar	80 000
9. Zollverwaltung, Grenzwachtkorps, Verpflegungszulagen	9 000
10. Zollverwaltung, Grenzwachtkorps, Dienstkleider	85 000
11. Zollverwaltung, Unterhalt von Mobiliar und Gerätschaften . .	10 000
12. Zollverwaltung, Erstellung eines Grenzzaunes	19 000
13. Bankkommission, Besoldungen	1 744
Zusammen	<u>571 644</u>

Begründung:

- Zu 1:* Ständige unvorhergesehene Zunahme der Geschäfte (Mehraufwand für Posttaxen Fr. 60 000, für Telephontaxen Fr. 140 000).
- Zu 2:* Dringliche Telephoneinrichtungen bei verschiedenen Militäranstalten, bei der Zollverwaltung und beim Amt für Wasserwirtschaft.
- Zu 3:* Zunahme des Gesprächsverkehrs.
- Zu 4:* Erweiterung der automatischen Telephonzentrale, I. Teilzahlung.
- Zu 5:* Erhöhung der Personal- und Materialkosten. Anschaffung von Transportmaterial im Rahmen der Vorbereitungen für die Evakuierung.
- Zu 6:* Zusätzliche Instruktionskurse des Zollpersonals.
- Zu 7:* Unvorhergesehene Anschaffung von Kartenmaterial für das Grenzwachtkorps.
- Zu 8:* Zusätzliche Ausrüstungsgegenstände für das Grenzwachtkorps.
- Zu 9:* Vermehrte Nachtdienste.
- Zu 10:* Vermehrter Bedarf an Dienstkleidern.
- Zu 11:* Grössere Reparaturkosten infolge Vermehrung der Ausrüstungsgegenstände für das Grenzwachtkorps.
- Zu 12:* Erstellung eines Grenzzaunes zwischen Konstanz und Kreuzlingen.
- Zu 13:* Nicht vorgesehene Veränderungen in der Zusammensetzung des Personalbestandes.

Volkswirtschaftsdepartement.

	Fr.
1. Handelsabteilung, Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	1 000
2. Handelsabteilung, wirtschaftliche Unterhandlungen, internationale Konferenzen wirtschaftlicher Natur.	50 000
Übertrag	<u>51 000</u>

	Fr.
Übertrag	51 000
3. Sektion für Ein- und Ausfuhr, Einlage in die eidgenössische Versicherungskasse.	250
4. Sektion für Ein- und Ausfuhr, Telephonegebühren, Porti und Verschiedenes	4 000
5. Sektion für Ein- und Ausfuhr, Bureaukosten, Material, Druck- und Buchbinderkosten, sowie Maschinenmiete	30 000
6. Sektion für Ein- und Ausfuhr, Mobiliaranschaffung.	10 000
7. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Internationale Arbeitsorganisation	12 866
8. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung	2 300 000
9. Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Förderung der Innenkolonisation	100 000
10. Abteilung für Landwirtschaft, Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 BtG.	1 000
11. Abteilung für Landwirtschaft, Kommissionen und Sachverständige	12 000
12. Abteilung für Landwirtschaft, Stützung des Milchpreises . .	12 000 000
13. Abteilung für Landwirtschaft, anderweitige Massnahmen zur Linderung der landwirtschaftlichen Notlage, verschiedene Zweckbestimmungen	450 000
14. Förderung des Ackerbaues	4 000 000
15. Genossenschaftliche Weinkeltereien	15 000
16. Veterinäramt, Verwaltung, Beteiligung an der Landesausstellung 1939	1 500
17. Veterinäramt, grenztierärztlicher Dienst, Stellvertretungskosten	2 000
18. Veterinäramt, grenztierärztlicher Dienst, Heizung, Beleuchtung und Besorgung der Bureaux	800
Zusammen	<u>18 990 416</u>

Begründung:

Zu 1: Vermehrte Reisen und Konferenzen im Inland als Folge der vermehrten handelspolitischen Schwierigkeiten.

Zu 2: Vermehrte wirtschaftliche Unterhandlungen mit dem Ausland.

Zu 3: Unaufschiebbare Veränderungen im Personalbestand.

Zu 4 bis 6: Übertragung der Ausfuhrkontrolle und ähnlicher Aufgaben an die Sektion für Ein- und Ausfuhr.

Zu 7: Anteil an den Kosten des Besuches der Schweizerischen Landesausstellung durch die Teilnehmer an der Internationalen Konferenz in Genf.

Zu 8: Nicht vorgesehener Verlauf der Arbeitslosigkeit.

- Zu 9:* Zuteilung von weiteren 100 000 Franken an das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit aus dem Gesamtkredit von 1,5 Millionen Franken gemäss Bundesbeschluss vom 1. April 1938.
- Zu 10:* Durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen bedingte vermehrte Tätigkeit im Bodenverbesserungswesen.
- Zu 11:* Unvorhergesehene Steigerung der Grenzuntersuchung von Steinobstimporten (entsprechende Mehreinnahmen).
- Zu 12:* II. Rate des durch Bundesbeschluss vom 22. Juni 1939 über eine weitere Fortsetzung der besonderen Bundeshilfe für die Landwirtschaft und für die Stützung des Milchpreises vom 1. Mai 1939 bis 30. April 1940 bewilligten Kredites von 15 000 000 Franken.
- Zu 13:* Einlage in den Fonds für die nachhaltige Förderung der Landespferdezucht im Sinne des Bundesbeschlusses vom 6. April abhin über die Massnahmen zur weitem Förderung des Ackerbaues.
- Zu 14:* Prämien für den Anbau von Hafer, Gerste, Mais und andern Ackerfrüchten (entsprechende Einnahmen aus Preis- bzw. Zollzuschlägen auf der Einfuhr von Hafer, Gerste, Mais, Futterweizen usw.).
- Zu 15:* Auszahlung des dem Kanton Genf 1934 zugesicherten Bundesbeitrages an die Kosten der Ergänzungs- und Erweiterungsbauten der cave coopérative «La Souche».
- Zu 16:* Unvorhergesehene Schwierigkeiten bei der Bereitstellung des Ausstellungsmaterials.
- Zu 17 und 18:* Zunahme der Arbeit und der Beanspruchung der Arbeitsräume.

Post- und Eisenbahndepartement.

Amt für Verkehr.

1. Besoldungen, Gehälter und Zulagen	71 800
2. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 des BtG.	8 100
3. Frachten und Verschiedenes	6 000
4. Bücher, Zeitungen und Zeitschriften	200
5. Kommissionen und Sachverständige	27 000
Zusammen	<u>107 600</u>

Begründung:

- Zu 1 bis 5:* Vorbereitung der Inkraftsetzung des Bundesbeschlusses vom 30. September 1938 über den Transport von Personen und Sachen mit Motorfahrzeugen auf öffentlichen Strassen (Autotransportordnung).

Verschiedenes.

Unvorhergesehenes	<u>Fr. 210 000</u>
-----------------------------	--------------------

Begründung:

Beitrag an das internationale Rot-Kreuz-Komitee für sofortige Massnahmen in bewaffneten Konflikten	Fr. 200 000
Beitrag an das internationale Bureau für Erziehung zur Vorbereitung eines Hilfsdienstes für Kriegsgefangene und Internierte	» 10 000
Zusammen	<u>Fr. 210 000</u>

Münzstätte.

Fr.

1. Besoldungen und Zulagen (Fabrikation)	200
2. Löhne und Zulagen (Fabrikation)	88 000
3. Einlage in die Versicherungskasse (Fabrikation)	2 400
4. Metallbeschaffung	2 727 400
5. Verbrauchsgegenstände	7 000
6. Unkosten, Betriebskraft, Heizung und Licht	20 000
7. Besoldungen, Gehälter und Zulagen (Verwaltungskosten)	1 500
8. Verzinsung des Betriebskapitals	3 700
9. Abschreibungen	3 200
Zusammen	<u>2 848 400</u>

Begründung:

Zu 1 bis 6: Ausführung ausserordentlicher Prägungsaufträge zur Sicherstellung des Münzbedarfes im Kriegsfall.

Zu 7: Unaufschiebbare Änderungen im Personalbestand.

Zu 8: Erhöhung des verzinslichen Betriebskapitals.

Zu 9: Unaufschiebbarer Ersatz von abgenutzten Maschinen.

Getreideverwaltung.

Fr.

1. Ankäufe von Ausland- und Inlandgetreide	3 043 000
2. Lagerungskosten	105 000
3. Verbesserung und Verbilligung des Saatgutes	51 000
4. Mahlprämie	150 000
5. Kosten der Durchführung der Mahlprämie	9 000
6. Auslagen und Vergütungen nach Art. 44 des BtG.	800
7. Post-, Telegraphen- und Telephonegebühren	400
8. Verschiedenes	160
9. Verzinsung der Kapitalien	274 950
Zusammen	<u>3 684 310</u>

Begründung:

Zu 1: Grössere Inlandgetreide-Ablieferungen aus der Rekord-Ernte 1938.

- Zu 2: Vermehrte Zwischenlagerung infolge grösserer Inlandgetreideablieferungen.
 Zu 3: Vermehrte Versorgung mit feldbesichtigtem inländischem Saatgetreide.
 Zu 4: Vermehrte Selbstversorgung der Produzenten.
 Zu 5: Entschädigungen für die Auszahlung der höheren Mahlprämien durch die Zentralen.
 Zu 6: Zahlreichere örtliche Kontrollen zur Abwicklung des umfangreichen Inlandgetreidegeschäftes.
 Zu 7: Ausdehnung des Geschäftsverkehrs.
 Zu 8: Ausrüstung eines Ausläufers.
 Zu 9: Grössere Ablieferungen und zeitliche Ausdehnung der Bezugspflicht des Inlandgetreides.

Landwirtschaftliche Versuchs- und Untersuchungsanstalten Oerlikon-Zürich, Liebfeld-Bern und Lausanne.

1. Einlagen in die eidgenössische Versicherungskasse	Fr. 4 404
2. Vertrauensärztliche Untersuchungen	» 160
3. Bureaustkosten und Drucksachen	» 5 900
Zusammen	Fr. 10 464

Begründung:

- Zu 1: Verbesserte Berechnung der Leistungen der Anstalten nach Art. 45 der Statuten der eidgenössischen Versicherungskasse.
 Zu 2: Vermehrte Gutachten.
 Zu 3: Einrichtung einer Telephonzentrale im Dienstgebäude auf dem Liebfeld; Zunahme des Telephonverkehrs.

Hengsten- und Fohlendepot.

Einlagen in die eidgenössische Versicherungskasse	Fr. 450
---	---------

Begründung:

Änderungen im Personalbestand.

Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung.

Postverwaltung.

	Fr.
1. Diensträume: Änderung, Unterhalt und Kleinanschaffungen .	280 000
2. Transporte: Änderung und Unterhalt der Betriebsanlagen, der Motorfahrzeuge und des Werkzeugs	140 000
3. Verschiedene Kosten	160 000

Telegraphen- und Telephonverwaltung.

4. Löhne und Zulagen	100 000
5. Betriebsanlagen: Unterhalt, Abbruch und Umbau	3 100 000

Übertrag 3 780 000

Fr.
Übertrag 3 780 000

Gewinn- und Verlustrechnung.

6. Abschreibungen, Gebäude in Wegfall. 1 031 000

Kapitalrechnung.

7. Liegenschaften 3 413 000

Zusammen 8 224 000

Begründung:

Zu 1: Anschaffung von 30 000 Paketsäcken im Zusammenhang mit der Kriegsmobilmachung.

Zu 2: Unvorhergesehene Massnahmen zur Instandhaltung des Wagenparks für Armeezwecke.

Zu 3: Aufwendungen für die Landesausstellung (bewilligt durch Bundesbeschluss vom 21. Juni 1938).

Zu 4: Änderungen in der Zusammensetzung des Personalbestandes.

Zu 5: Durch die Kriegsmobilmachung bedingte Erstellung und die zeitweilige Ergänzung von Anlagen.

Zu 6: Kurzwellensender Schwarzenburg (Brandschaden gedeckt durch Leistung der Brandversicherungsanstalt des Kantons Bern von 65 450 Franken und Entnahme von 164 550 Franken aus dem verwaltungseigenen Feuerversicherungsfonds) Fr. 230 000

Ehemaliges Naturhistorisches Museum, Bern (Abbruch gemäss Bundesbeschluss vom 20. Juni 1939) » 801 000

Zusammen Fr. 1 031 000

Zu 7: Ankauf des Postgebäudes Genève-Rive (Bundesbeschluss vom 31. März 1939). Fr. 513 000

Vergrösserung des Verwaltungsgebäudes der Generaldirektion PTT an der Speichergasse in Bern (Bundesbeschluss vom 20. Juni 1939) » 2 900 000

Zusammen Fr. 3 413 000

* * *

Wir beantragen Ihnen, den beigelegten Beschlussesentwurf anzunehmen.

Wir benützen den Anlass, Sie, Herr Präsident, Herren National- und Ständeräte, unserer vollkommenen Hochachtung zu versichern.

Bern, den 4. Dezember 1939.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,
Der Bundespräsident:

Etter.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung von Nachtragskreditbegehren für das Jahr 1939, II. Teil. (Vom 4. Dezember 1939.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1939
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	49
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	3777
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	06.12.1939
Date	
Data	
Seite	772-788
Page	
Pagina	
Ref. No	10 034 145

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.